



Nr. 5 - Mai 1997: **Auswirkungen der Rentenreform auf den öffentlichen Dienst in Südtirol**

Im auftrag des Landes hat das Forschungsinstitut CORES eine Studie über "Die Auswirkungen der Reform des Rentensystems auf die Beschäftigungslage im öffentlichen Dienst in Südtirol" erarbeitet. In der vorliegenden Ausgabe von "Arbeitsmarkt aktuell" werden nun zusammenfassend die Ergebnisse dieser Untersuchung vorgestellt.

Ende 1995 wurden in Südtirol 34.752 Bedienstete des öffentlichen Dienstes gezählt; 20.453 davon sind Frauen. Auf lokaler Ebene werden demnach 8 öffentliche Bedienstete je Einwohner vermerkt, wobei das Verhältnis zwischen Frauen und Männern im öffentlichen Dienst 1:0,7 beträgt.

Die Rentenreform bringt eine Erhöhung des Pensionsalters und beachtliche Anreize zum Verbleib im Dienst bis zum Erreichen des Rentenalters mit sich. Vor der Pensionsreform bestand die Möglichkeit, sich für eine Frühpensionierung zu entscheiden. Die Frühpensionierungen bewirkten einen starken Personalwechsel, ein geringes Durchschnittsalter und ein niedriges Dienstalter des Personals. Da die Rentenreform jedoch eine graduelle Abschaffung dieser Frühpensionierungen vorsieht, wird sich die beschriebene Situation nun nach und nach ändern.

Mit Neueinstellungen in den öffentlichen Dienst in Folge von Pensionierungen kann in den kommenden Jahren sicherlich nur beschränkt gerechnet werden. Dennoch werden in diesem Sektor auch in Zukunft Aufnahmen stattfinden, da der öffentliche Dienst in Südtirol (insbesondere der Staatsdienst) immer noch eine große Anzahl von unbesetzten Stellen aufweist.

Die Studie bringt - ausgehend von der Entwicklung des öffentlichen Dienstes in der Provinz Bozen in den Jahren 1988 bis 1995 - eine

Prognose zur Struktur des öffentlichen Dienstes in Südtirol für die Jahre 1996 bis 2017. Die Prognose berücksichtigt das Geschlecht und das Alter der öffentlichen Bediensteten. diese beiden Aspekte sind zur Erforschung der Auswirkungen der Rentenreform auf den öffentlichen Dienst von ausschlaggebender Bedeutung.

Entwicklung des öffentlichen Dienstes in Südtirol in den Jahren 1988 bis 1995:

1. Entwicklung der Struktur der Bediensteten des Staates von 1988 bis 1995

Die Zahl der Staatsbediensteten ist in den 90er Jahren zurückgegangen (1988 wurden noch 1.645 Staatsbedienstete erfaßt, während es 1994 nur mehr 1.476 waren). In den niedrigsten Altersklassen überwiegen die Frauen. Besonders stark vertreten ist unter den staatlichen Arbeitnehmern das weibliche Personal in der Altersklasse von 30 bis 39 Jahren. 1994 hat sich die Anzahl der Männer mit einem Lebensalter von über 40 Jahren auf 70% erhöht.

Es kann ein steter Anstieg sowohl des durchschnittlichen Alters als auch des durchschnittlichen Dienalters des staatlichen Personals festgestellt werden. Das durchschnittliche Alter der Staatsbediensteten liegt bedeutend über jenem der Bediensteten der lokalen Verwaltungen Südtirols.

2. Entwicklung der Struktur des Eisenbahnpersonals von 1988 bis 1995

Auch die Anzahl der Bahnbediensteten hat sich in der Zeitspanne von 1988 bis 1994 erheblich verringert (von 2.138 im Jahr 1988 auf 1.690 1994). Hervorzuheben ist, daß beim Eisenbahnpersonal die Männer traditionell die übergroße Mehrheit darstellen (1988 waren es 90%). 63% des männlichen Personals hat das Lebensalter von 40 Jahren bereits überschritten.

Die höchste Zunahme an weiblichem Eisenbahnpersonal wurde in den Jahren 1988 und 1991 in der Altersklasse von 25/29 Jahren registriert (25%). Dieser Prozentsatz sank jedoch 1994 auf 7,5%, während sich ein Zuwachs der dreißigjährigen Frauen erkennen läßt.

Sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern ist eine ständige Zunahme des durchschnittlichen Alters und des durchschnittlichen Dienalters zu beobachten. Das durchschnittliche Alter der aus dem Dienst abgehenden Frauen liegt bei ungefähr 35 Jahren, jenes der Männer hingegen ist höher als 40.

3. Entwicklung der Struktur des Personals des Post- und Fernmeldewesens von 1988 bis 1995

1988 waren 1.797 Arbeitnehmer beim Post - und Fernmeldewesen beschäftigt, während 1994 1.775 erfaßt wurden. Von diesen 1.775 Bediensteten sind 37% Frauen, wobei die starke prozentuelle Zunahme der Frauen in der Altersklasse von 25/29 Jahren hervorsticht. Die männlichen Bediensteten sind in den höheren Altersklassen besonders stark vertreten.

Das durchschnittliche Lebensalter der Frauen unterlag in den verschiedenen Bezugsjahren keinen Veränderungen (35/36 Jahre), während bei den Männern diesbezüglich ein allmählicher Anstieg festzustellen ist (1988 entsprach das Durchschnittsalter noch 40 Jahren, 1994 schon 42,6 Jahren). Eine fortlaufende Steigerung ist hingegen beim durchschnittlichen Dienstalter des weiblichen Personals zu erkennen: 1988 wurden noch 7,7 Jahre gezählt,

während es 1994 bereits 10 Jahre waren. Sowohl das Dienstalter als auch das Lebensalter der männlichen Arbeitskräfte, die den Dienst beenden, sind bei weitem höher als jenes ihrer Kolleginnen; letztere sind größtenteils jünger als 50 Jahre.

Die beiden nachfolgend wiedergegebenen Tabellen zeigen die Entwicklung des Personalstandes bei den öffentlichen Verwaltungen in Südtirol in den Jahren 1988, 1991 und 1994 und den jeweiligen Anteil der Frauen:

Personalstand 1988, 1991 und 1994

Öffentliche Verwaltung	1988	1991	1994
Staat	1.630	1.613	1.474
Eisenbahn	2.064	1.893	1.664
Post u. Fernmeldewesen	1.733	1.835	1.749
Land	8.238	9.053	9.107
Gesundheitswesen	4.765	5.538	6.184
Region	581	585	474
Andere öff. Körperschaften*	1.317	1.341	1.198
Gemeinden	4.747	5.107	5.769
Schule	8.397	8.467	8.159
Insgesamt	33.472	35.432	35.778

Anteil des weiblichen Personals in %

Öffentliche Verwaltung	1988	1991	1994
Staat	41,29	41,35	41,86
Eisenbahn	11,05	11,57	11,54
Post u. Fernmeldewesen	31,79	34,99	36,65
Land	58,84	60,71	62,10
Gesundheitswesen	65,67	65,64	66,77
Region	44,23	45,64	44,09
Andere öff. Körperschaften*	43,66	45,71	45,91
Gemeinden	52,35	54,96	56,96
Schule	67,73	69,30	71,33
Insgesamt	55,07	57,05	58,97

*Darunter fallen das INPS/NISF, das INAIL, die Handelskammer, die Messekörperschaft, das Institut für geförderten Wohnbau u.a..

Prognose zur Struktur des öffentlichen Dienstes in Südtirol in den Jahren 2002 und 2010:

Der abgangsfluß wegen Pensionierung kann anhand zweier extremer Fragestellungen veranschaulicht werden:

a) Wieviele Arbeitnehmer der öffentlichen Verwaltung würden theoretisch bis zum Jahr 2002 und bis zum Jahr 2010 in Rente gehen, wenn alle so früh als möglich gehen würden?

Für diesen Fall wird, ausgehend vom Personalstand bei den Körperschaften von 34.752 Einheiten 1995, bis zum Jahr 2002 mit 5.430 Abgängen und bis zum Jahre 2010 mit weiteren 6.031, also insgesamt mit 11.461 Abgängen zu rechnen sein.

b) Wieviele öffentliche Bedienstete würden in Rente gehen, wenn alle bis zum vollendeten 65. Lebensjahr bleiben würden?

In einer solchen Situation müßte bis zum Jahre 2002 bei den öffentlichen Körperschaften in Südtirol mit 1.130 und bis zum Jahre 2010 mit weiteren 3.667 Abgängen gerechnet werden, insgesamt würden demnach also 4.797 Arbeitnehmer pensioniert werden.

Der tatsächliche Abgangsfluß durch Pensionierungen ist wahrscheinlich zwischen diesen beiden Werten anzusetzen. Danach würden also bis zum Jahr 2010 zwischen 5.000 und 11.000 Bedienstete wegen Pensionierung aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden.

Aus den obgenannten Daten folgt, daß je nach dem Verhalten der potentiellen Rentner minimal 5.000 und maximal rund 11.000 Personen eingestellt werden müssen, um den Abgang durch Pensionierung auszugleichen. Dabei können bei den gesamtstaatlichen Verwaltungen und Unternehmen relativ stabile Abgangsflüsse erwartet werden, während bei den lokalen Körperschaften mit einem stark verlängerten Verbleib bei der Arbeit zu rechnen ist. Ohne Reform hätte die Landesverwaltung in den kommenden 15 Jahren wahrscheinlich 60% ihrer Bediensteten wegen Pensionierung gewechselt. In Folge der Reform werden im selben Zeitraum jedoch nur 20% ihr Dienstverhältnis beenden.

Bezüglich der Personalstruktur der Verwaltungen wird sich aufgrund der Ergebnisse der hier beschriebenen Studie demnach in Zukunft folgendes Bild präsentieren: ein höheres Durchschnittsalter des Personals, mehr Frauen und ein geringerer Personalwechsel.

Für den Arbeitsmarkt bedeutet die Pensionsreform, daß in den kommenden Jahren nur beschränkt mit pensionsbedingten Neuaufnahmen in den öffentlichen Dienst zu rechnen sein wird. Auch die Schule wird wegen der negativen Bevölkerungsentwicklung kaum mehr Personal aufnehmen. Nur die Zunahme von freiwilligen Abgängen könnte diese Daten ändern. Auch Änderungen in der Haltung zur Arbeit oder eine beachtliche Zunahme der Teilzeitarbeit könnten doch einen gewissen Personalbedarf bewirken.

Imma Maurer-Bertella